

---

**TOP 7:**

---

**Entschließung des Bundesrates "Kassenzulassung des nicht-invasiven Pränataltests (NIPT) - Monitoring der Konsequenzen und Einrichtung eines Gremiums"****- Antrag der Freien Hansestadt Bremen -**

Drucksache: 204/23

**I. Zum Inhalt der Entschließung**

Mit dem Entschließungsantrag soll die Bundesregierung gebeten werden, flankierende Maßnahmen für nicht-invasive Pränataltests (NIPT) einzuführen.

In diesem Zusammenhang soll ein Monitoring zur Umsetzung und zu den Folgen von nicht invasiven Pränataltests (NIPT) implementiert werden, durch das zeitnah belastbare Daten zu verschiedenen Aspekten der Tests erhoben und ausgewertet werden können. Ein einzusetzendes interdisziplinäres Expertengremium soll die rechtlichen, ethischen und gesundheitspolitischen Grundlagen der Kassenzulassung des NIPT prüfen und die Bundesregierung fachlich hinsichtlich der Schaffung einer sachgerechten, ethisch verantwortlichen und rechtssicheren Grundlage für das Angebot und den Zugang zu vorgeburtlichen genetischen Tests ohne therapeutische Handlungsoptionen beraten. Über die Ergebnisse des Monitorings und die Bewertung soll das Expertengremium dem Deutschen Bundestag berichten.

**II. Empfehlungen der Ausschüsse**

Der **federführende Gesundheitsausschuss** und der **Ausschuss für Frauen und Jugend** empfehlen dem Bundesrat, die Entschließung zu fassen.

